

Die Philippinen und der konkurrierende asiatische Regionalismus

Die Entscheidung der indonesischen Regierung, ihre Teilnahme an der Konferenz über die Ostasiatische Wachstumszone (EAGA) Mitte Mai 1994 in Mindanao abzusagen, machte der Regierung Ramos aus heiterem Himmel die Realitäten des asiatischen Regionalismus klar. Als untergeordnete Figur am wirtschaftlichen Totempfehl Asiens sind die Philippinen politischer Schikane ausgesetzt. Indonesien zog sich von der EAGA-Konferenz zurück, weil es den Druck auf die Regierung Ramos erhöhen wollte, eine Menschenrechtskonferenz zu Osttimor am 31. Mai in Manila zu unterdrücken.

Die Ostasiatische Wachstumszone ist das jüngste von mehreren asiatischen "Wachstumsdreiecken", einer begrenzten Form von ökonomischem Regionalismus, der sich auf wirtschaftlicher Komplementarität in angrenzenden Regionen von Nachbarländern gründet. "Wachstumsdreiecke" weiten die Vorzüge von

"Freihandelszonen" aus, indem sie Teilgebiete verschiedener Länder integrieren, ohne den mühseligen Prozeß der Bildung von Handels- und Investitionsblöcken wie der Europäischen Union oder der Nordamerikanischen Freihandelsvereinbarung (NAFTA) durchlaufen zu müssen.

Die fortgeschritteneren "Wachstumsdreiecke" sind das Südchina-Wachstumsdreieck (die chinesischen Provinzen Guangdong und Fujian, Hongkong und Taipei), das Singapur - Johor (Malaysia) - Riau (Indonesien) - Dreieck, die Tumen-River-Gebietsentwicklung (Jilin in China, das nördliche Nordkorea und der fernöstliche Teil Rußlands) sowie das indonesisch-thailändisch-malaysische Dreieck.

"Wachstumsdreiecke" werden gepriesen als die asiatische Antwort auf europäische und nordamerikanische Wirtschaftsblöcke. Die Rhetorik überspielt, daß Asien bei der regionalen Wirtschaftsintegration weit hinter Europa und Nordamerika zurückliegt. Ein mit der Europäischen Union oder der NAFTA vergleichbarer Wirtschaftsblock ist hier nicht zustande gekommen, weil das wirtschaftliche Entwicklungsniveau der Region - insbesondere der Umfang des intraregionalen Handels und der intraregionalen Investitionen - noch keine "kritische Masse" erreicht hat, die eine solche Integration unerlässlich machen würde.

Asien, vor allem Ostasien und Südostasien, war im vergangenen Jahrzehnt die am schnellsten wachsende Region der Welt und wird Prognosen zufolge bis weit in das 21. Jahrhundert hinein diese Position behaupten. Darin liegt der wesentliche Grund für die weltweite Aufmerksamkeit für diese Region. Die politische Wirkung dieser Entwicklung wird jedoch von zwei Schlüsselfaktoren hinter diesen glitzernden Wirtschaftsdaten bestimmt. Erstens sind die Volkswirtschaften der Region - mit Ausnahme Japans - trotz mehr als einer Dekade rasanten Wachstums im Vergleich mit den Ökonomien Nordamerikas und Westeuropas weiterhin rückständig. Zweitens sind die ost- und südostasiatischen Volkswirtschaften hauptsächlich Plattformen für Exporte nach Europa und Nordamerika.

Im Ergebnis bleiben diese Ökonomien ungeachtet ihrer enormen Wachstumsraten vom europäischen und nordamerikanischen, besonders dem US-Markt, abhängig. Dies verleiht den USA erheblichen Einfluß. Wirtschaftspolitiker der Region wollen keinen Wirtschaftsblock schaffen, der US-Handelssanktionen provozieren würde. Gleichzeitig könnte das zunehmende Tempo der wirtschaftlichen Blockbildung in Europa und Nordamerika asiatischen Volkswirtschaften in nicht allzu ferner Zukunft zum Nachteil gereichen. Der daraus resultierende Zwiespalt hat in der asiatischen Regionalismuskonflikte eine komplizierte und komplexe diplomatische Scharade geschaffen.

APEC, die asiatisch-pazifische Wirtschaftskooperation, hat zum Beispiel den Anstrich einer Anomalie. APEC, sagen skeptische Analytiker, das sind "vier Adjektive auf der Suche nach einem Substantiv". Es ist eine asiatische Wirtschaftsformation, welche Länder der Region besorgt macht, und es wird vor allem von den USA betrieben, einem Land außerhalb der Region.

Für die USA liegt der Hauptzweck von APEC darin, die Möglichkeit eines asiatischen Wirtschaftsverbandes zu vereiteln, der ihr Land ausschließt. Eine Formation, die ihre europäischen Wettbewerber nicht einbeziehen kann, verschafft einen Bonus. Dies um so mehr, wenn APEC institutionelle Mechanismen entwickeln kann, welche die Lösung ihrer Handels- und anderen Wirtschaftskontroversen mit Ländern der Region vereinfacht.

Andere APEC-Mitglieder sind nicht glücklich damit, APEC von einem "Forum" in einen Wirtschaftsblock umzuwandeln. Der stärkste Kritiker ist Malaysia, doch hat die ASEAN-Staatengemeinschaft insgesamt darauf hingewirkt, das schnelle Tempo der APEC-Entwicklung zu verlangsamen. Die ASEAN-Regierungen wollen keine Organisation, die von den USA benutzt werden kann, um ihre Vorherrschaft in Südostasien aufrechtzuerhalten. Sie wollen sich statt dessen darauf konzentrieren, mit Hilfe der ASEAN-Freihandelsvereinigung (AFTA) die wirtschaftliche Zusammenarbeit der ASEAN-Länder zu intensivieren, um die ökonomische Verhandlungsposition Südostasiens gegenüber den USA zu verbessern.

Malaysias Premierminister Mahathir wäre bereit, noch einen Schritt weiter zu gehen und einen Ostasiatischen Wirtschaftsausschuß (EAEC) einzurichten, der die USA ausschließen und die wirtschaftliche Führungsrolle Japans institutionalisieren würde.

Innerhalb der Region kennzeichnet ein sogenanntes "Gänseflug"-Muster die ökonomischen Beziehungen. Japan ist die Führungs-"Gans". Die echten NICs, Südkorea, Taiwan, Hongkong und Sin-

- Anzeige -

philippinen forum



Die Philippinen-Zeitschrift

Nachrichten, Berichte, Hintergründe zu Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und den europäisch-philippinischen Beziehungen.

Schwerpunkthemen:

- März '93: Tourismus
- Juni '93: Menschenrechte
- Sept. '93: Solidaritätsarbeit
- Dez. '93: Religion und Kirchen
- März '94: Industrielle Entwicklung
- Juni '94: Nicht-Regierungsorganisationen
- Sept. '94: Verschuldung

erscheint vierteljährlich, Umfang 52 Seiten
 Einzelheft DM 6,- (plus Porto), Jahresabo DM 24,-
 (incl. Porto), Förderabonnement DM 50,-

philippinenbüro

Postfach 250408, 50520 Köln
 Tel.: 0221-324506 Fax: 0221-326846

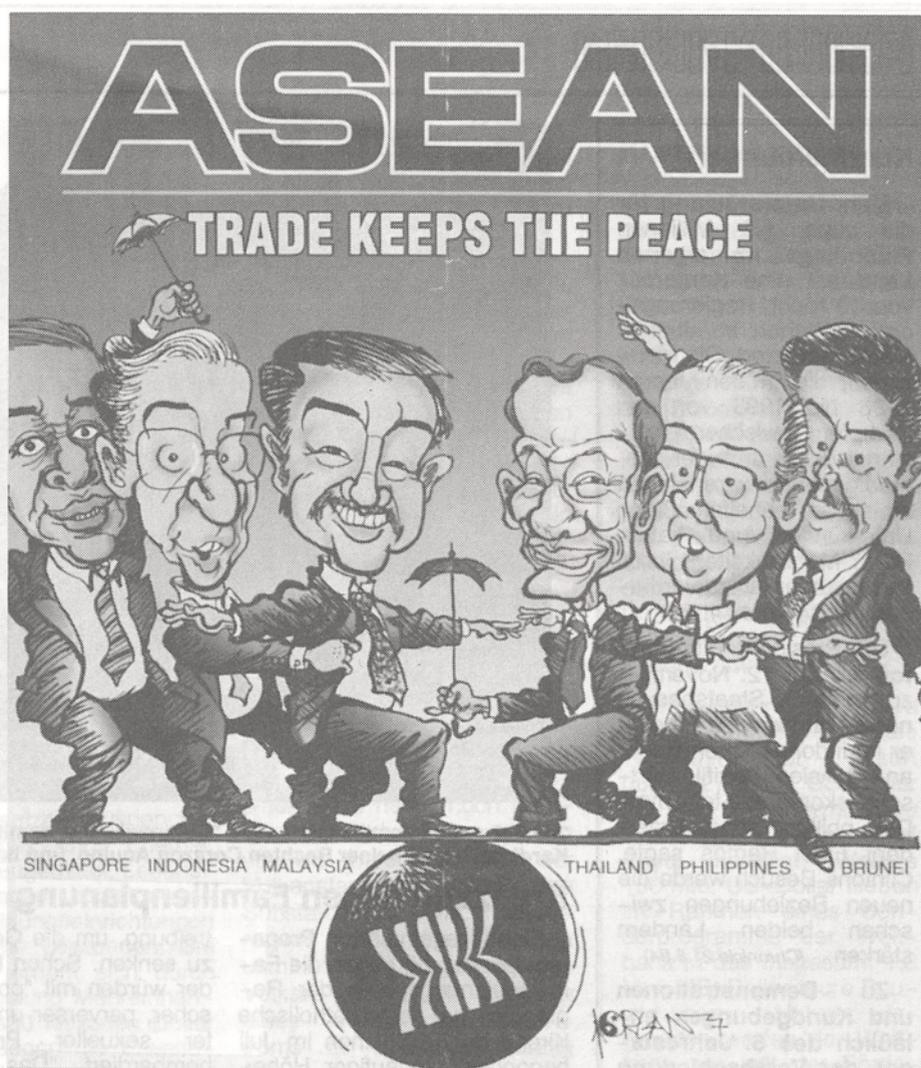
gapur, bilden die zweite Reihe. Die südostasiatischen Mächtegem-NICs (Thailand, Malaysia, Indonesien) verkörpern das hintere Ende der Flugformation. Über die Philippinen ließe sich sagen, daß sie tief fliegen und verzweifelt versuchen, zur führenden Formation aufzuschließen. Andere südostasiatische Volkswirtschaften, Burma und die Länder Indochinas, haben noch nicht einmal vom Boden abgehoben. China ist wegen seiner gewaltigen Größe (Bevölkerung und Geographie) und dem erstaunlichen Tempo seines Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren ein Sonderfall.

Die Philippinen sind bei diesen Angelegenheiten im allgemeinen dem ASEAN-Standpunkt gefolgt. Präsident Ramos vertritt die Auffassung, daß philippinisches Wirtschaftswachstum davon abhängen wird, in welchem Umfang seine Regierung engere Wirtschaftszusammenarbeit mit Ländern in der Region knüpfen kann. Wie die Vibrationen im Zusammenhang mit EAGA zeigen, sind jedoch politische Komplikationen vorhanden. Die Suharto-Regierung ist nervös wegen Osttimor, weil es in den indonesischen Beziehungen mit den USA und den Ländern der Europäischen Union einen besonders wunden Punkt darstellt. Suharto will sich ASEAN-Mitgliedsländer als Bollwerke der Unterstützung für Indonesiens Besetzung von Osttimor erhalten.

Suharto benutzte mächtige wirtschaftliche Knüppel, um Präsident Ramos zur Unterdrückung der Osttimor-Konferenz in Manila zu veranlassen. Philippinische Boote, die in indonesischen Gewässern fischten, wurden beschlagnahmt und Joint-ventures in Höhe von etwa 300 Millionen US-Dollar eingefroren. Diese Maßnahmen bedrohten einen der wenigen vielversprechenden Sektoren der philippinischen Wirtschaft: die schnell wachsende Fischindustrie in General Santos City, die auf indonesische Fanggenehmigungen für Thunfisch in indonesischen Gewässern angewiesen ist. Ebenfalls in Frage gestellt waren andere indonesische Investitionen im Gesamtvolumen von etwa 700 Millionen US-Dollar.

Präsident Ramos hat mit ungewöhnlicher Offenheit zugegeben, daß er die Osttimor-Konferenz aus wirtschaftlichen Gründen zu verhindern versucht habe. Er scheiterte wegen der Beharrlichkeit der Konferenzveranstalter und ihrer breiten Unterstützung aus dem In- und Ausland. Der fehlgeschlagene Vorstoß der Regierung Ramos half der Konferenz vielmehr, ihr wichtigstes Ziel zu erreichen: die Aufmerksamkeit philippinischer und internationaler Medien auf die Situation Osttimors zu lenken.

Trotz ihrer Stümperei erntet die Ramos-Regierung nun die Früchte ihrer Unterwürfigkeit. Die Unterstützung der indonesischen Regierung bei den Ver-



"Bei diesem Krieg handelt es sich ..." - "Genau!" (nach Karl Kraus) aus: FEER v. 28.7.94, S. 1

handlungen mit der MNLF wird fortgesetzt, erklärte ein Sprecher Suhartos. Die EAGA-Konferenz ist lediglich auf August verschoben worden, und die indonesische Regierung hat regionalen Verwaltungen und Handelskammern die uneingeschränkte Vollmacht zur Teilnahme erteilt. Präsident Ramos könnte jetzt konstatieren - "Ende gut, alles gut" -, daß das Ergebnis vollauf für eine peinliche Situation entschädigt.

Doch die ganze Episode steht in einem größeren Zusammenhang. Präsident Ramos' Versuch, demokratische Rechte für ökonomischen Gewinn zu knebeln, stößt unmittelbar ins Zentrum der laufenden Debatte über Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung. Asiatische Machthaber, angeführt von Singapurs Lee Kuan Yew, bestehen darauf, daß Entwicklung nur mit einer autoritären Regierung möglich ist. Präsident Ramos hat stets geäußert, er werde versuchen, Entwicklung auf der Grundlage von Demokratie zu schaffen. Doch inzwischen ließe sich mit Recht fragen: Wenn das Ramos-Regime bereit ist, philippinische Demokratie zugunsten des Suharto-Regimes zu verletzen, welche anderen demokratischen Rechte wird es für weitere, höhere ökonomische Zielsetzungen opfern?

Aus dem Protest gegen die Absicht der Regierung, die Osttimor-Konferenz zu unterbinden, lassen sich weitere Lehren ziehen. Die Organisation von Entwicklung mit autoritären Methoden ist nur bei verbreiteter Duldung der Unterdrückung demokratischer Rechte möglich. Widerstand gegen autoritäre Auflagen bricht die angebliche Verbindung zwischen Entwicklung und Autoritarismus.

Die Philippinen mögen der ökonomische Problemfall Asiens sein, doch starke Institutionen in der philippinischen Zivilgesellschaft bieten eine Chance, Entwicklung auf demokratischer Grundlage durchzuführen. Anstatt Diktatoren wie Suharto nachzueifern, dürfte Präsident Ramos besser beraten sein, einen philippinischen Trumpf zum Ausgangspunkt zu machen: die soliden demokratischen Traditionen.

Joel Rocamora

Der Verfasser war Direktor des Transnational Institute in Amsterdam und ist z.Zt. politischer Berater philippinischer Nicht-Regierungsorganisationen. Sein Beitrag wurde in der philippinischen Zeitschrift POLITIK, Juli 1994, S. 33-36 veröffentlicht und von Gebhard Körte aus dem Englischen übersetzt.